

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Donnerstag, 20.09.2018
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:10 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion
Götze, Horst
Meinen, Regina

GfE-Fraktion
Kruse, Detlef
Kruse, Doris

CDU-Fraktion
Kronshagen, Heinrich
Risius, Andrea

für Dr. Hermann Ringena (bis 18:50 Uhr)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Renken, Bernd

für Andrea Marsal (ab 17:33 Uhr)

FDP-Fraktion
Frerichs, Uwe
Mälzer, Frank

Beratende Mitglieder
Attar, Ziad, Dr.
Geerken, Rainer
Hempel, Rainer
Holle, Stefanie
Kandziora, Marianne
Malanowski, Jörn

(ab 17:12 Uhr)

von der Verwaltung
Grendel, Volker
Knochenhauer, Annett
Müller, Berend
Philipps, Egon
Roy, Hilke
Snakker, Kerstin
Dübbelde, Sven

Protokollführung
Lenzion, Daje

Gast
Krawczyk, Andreas

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

Frau E. Meyer stellt fest, dass Herr Benjamin Bornemann in der heutigen Sitzung nicht anwesend sei und der Tagesordnungspunkt daher abgesetzt werde.

Herr Grendel weist darauf hin, dass Herr Andreas Krawczyk für die AWO an der heutigen Sitzung als Gast teilnehme.

Ergebnis: Dieser TOP wird abgesetzt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 30.05.2018

Beschluss: Das Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 30.05.2018 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Genehmigung des Protokolls über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 11), des Schulausschusses (Nr. 12), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 15) und des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (Nr. 20) am 12.06.2018

Beschluss: Das Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 11), des Schulausschusses (Nr. 12), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 15) und des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (Nr. 20) vom 12.06.2018 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

BESCHLUSSVORLAGEN

TOP 7 Finanzielle Förderung im Rahmen der offenen Seniorenarbeit – nicht projektgebunden; Zuschüsse für das Jahr 2018 Vorlage: 17/0767

Frau Snakker erläutert, insgesamt seien 10.000 € zur Förderung der offenen – nicht projektgebundenen – Seniorenarbeit zu verteilen. Es seien alle 37 antragsberechtigten Einrichtungen angeschrieben worden. 29 Einrichtungen hätten fristgemäß einen Förderantrag gestellt. Die Zuschussbeträge seien in der Anlage der Vorlage ausgewiesen. Die Ev.-luth. Erlösergemeinde sowie die Ev.-ref. Kirchengemeinde Wolthusen seien in diesem Jahr neu dabei.

Herr Kronshagen stellt fest, dass diese kleinen Beträge für die Vereine äußerst wichtig seien. Dies seien freiwillige Ausgaben, die nicht gekürzt werden sollten.

Frau Snakker entgegnet, es sei nicht beabsichtigt diese Gelder zu streichen. Die Altenhilfe sei eine äußerst wichtige Aufgabe. Es würden im Rahmen der projektgebundenen Altenhilfe weitere 7.000 € zur Verfügung gestellt. Darüber könne in der nächsten öffentlichen Sitzung berichtet werden.

Beschluss: 29 Emdener Institutionen erhalten für das Jahr 2018 einen Zuschuss zur Förderung der offenen – nicht projektgebundenen – Seniorenarbeit. Die einzelnen Institutionen und die Höhe des Zuschusses ergibt sich aus der Anlage zur Vorlage 17/0767.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 8 Vorstellung des Budgets 2019 des Fachbereichs Gesundheit und Soziales gemäß des Eckwertebeschlusses 2019 Vorlage: 17/0753/4

Herr Grendel stellt anhand einer Power-Point-Präsentation das Budget 2019 des Fachbereiches 500 vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer fragt, wie sich die Stellenerhöhung im Fachdienst Gemeinwesenarbeit begründe.

Herr Grendel erläutert, es seien vier Projektmitarbeiter eingestellt worden. Des Weiteren seien im Kulturbunker vier Stellen sowie für die Gemeinwesenarbeit in Barenburg eine Stelle ausgewiesen. Hinzu zähle weiterhin der Fachdienstleiter. Aus dem Fachbereich Jugend, Schule und Sport seien somit 5,5 Stellen verlagert worden, was das Personalbudget im Fachbereich 600 entsprechend entlaste.

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Anschließend setzt er die Präsentation weiter fort.

Frau E. Meyer bedankt sich für den Vortrag.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Sachstandsbericht Emden Tafel; Mündlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss vom 30.05.2018
Vorlage: 17/0809

Frau Holle berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die Emden Tafel. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Renken schildert, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe den Antrag aufgrund des am 26.04.2018 stattfindenden Besuches der neuen Räumlichkeiten gestellt. Die Fraktionen seien äußerst beeindruckt gewesen, was die Emden Tafel leiste. Aus diesem Grund sollte auch in diesem Ausschuss über den Umzug und die verbesserte Situation berichtet werden. Die Fraktion wolle die Emden Tafel auch in Zukunft unterstützen. Bei dem Besuch sei geäußert worden, dass in finanzieller Hinsicht noch ein Problem mit dem Müllgebühren bestehe. Er bittet diesbezüglich um einen Sachstand. Mit dem neuen kartenbasierten Bezugssystem werde die Digitalisierung vorangetrieben. Dieses System diene ebenso zur Problemschärfung und Vermeidung von Konflikten, da über die Karten die Nutzerströme gesteuert werden können. Die Tafeln werden dringend benötigt. Es sei eine Zustandsbeschreibung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Vor allen Dingen betreffe dies die Altersarmut. Es sei ein zutiefst problematischer und ungerechter Zustand in der Gesellschaft. Die Tafel leiste in diesem Bereich eine wichtige Arbeit. Er fragt, wie sich die Anzahl der Kundinnen und Kunden in den letzten Jahren sowie nach dem Umzug entwickelt habe.

Frau Holle erläutert, dass die Anzahl der Kundinnen und Kunden in den letzten Jahren eher steige. Trotz des Umzuges kommen nicht weniger zur Tafel. Natürlich könne die neue Lage kritisiert werden. Dennoch kommen stetig mehr Kundinnen und Kunden. Es kämen immer unterschiedlich viele Personen. Laut dem Kartensystem seien ca. 3.000 Personen berechtigt, die Tafel in Anspruch zu nehmen. In der Woche kommen zwischen 150 und 180 Personen.

Herr Renken möchte wissen, ob das Verhältnis von Emdern und Auswärtigen über das System darstellbar sei. Die Emden Tafel habe auch über Emden hinaus eine Funktion. Die nächste Tafel sei in Aurich.

Frau Holle gibt an, das Emden und die Krummhörn zum Gebiet zähle. Die nächste Tafel sei tatsächlich in Aurich. Der Hauptbestandteil komme aus Emden.

Bezüglich der Müllgebühren sei sie im Gespräch und in Verhandlung mit der Verwaltung. Die Tafel habe typischerweise eine erhebliche Müllproduktion.

Herr Kruse bedankt sich für die ausführliche Berichterstattung. Die Einrichtung sei äußerst sinnvoll. Er fragt, ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Aufgabenspektrum überhaupt bewältigen können. Weiterhin möchte er wissen, ob kleine Kochkurse mit den frischen Produkten angeboten werden könnten, wenn die Mitarbeiterzahl dies zulasse.

Frau Holle antwortet, die Aufgaben können mit der momentanen Mitarbeiterzahl bewältigt werden. In Urlaubszeiten sei dies manchmal kritisch. Die Kolleginnen und Kollegen vom

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Parkhotel Upstalsboom seien unterstützend tätig, wofür sie sich sehr bedanke. Dauerhaft könnten keine Kochkurse angeboten werden, es seien aber bereits einzelne Projekte und Angebote durchgeführt worden.

Herr Mälzer bedankt sich für den ausgezeichneten Bericht. Der Umzug sei zum Wohle aller Beteiligten erfolgt. Er fragt, ob das Einzugsgebiet begrenzt sei. Er bittet in diesem Zusammenhang um Auskunft, ob die Kundinnen und Kunden sowohl in Aurich als auch in Emden Lebensmittel erhalten können. Weiterhin möchte er wissen, ob das Kartensystem zwischen Aurich und Emden vernetzt sei und ob auf den Karten nur die Familienmitglieder registriert seien.

Frau Holle erklärt, die Tafeln seien in Gebiete aufgeteilt. Dies sei vom Landes- und Bundesverband geregelt. Personen, die in Aurich berechtigt seien, die Tafel in Anspruch zu nehmen, könnten nicht in Emden Lebensmittel erhalten. Nur die Familien mit der entsprechenden Karte können Lebensmittel erhalten. Großeltern oder Onkel und Tanten müssen beispielsweise eine extra Karte beantragen.

Frau Risius bedankt sich bei dem gesamten Team für die hervorragende Arbeit. Der Umzug war ihres Erachtens eine gute Entscheidung. Natürlich wäre ein stadtnaher Standort wünschenswert. Dennoch sei das neue Gebäude in Bezug auf die Aufteilung der Räumlichkeiten und der sanitären Anlagen eine große Verbesserung.

Herr Götze bestätigt die Äußerungen. Die Mobilität vieler Menschen sei ein Problem, da diese teilweise kein Auto oder Fahrrad haben bzw. diese nicht fahren können. Frau Holle habe bei einem anderen Vortrag den Wunsch geäußert, diesen Menschen eventuell die Busfahrkarte kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Parkplatzsituation, die von den Anwohnern kritisiert werde, könne dadurch ebenfalls verbessert werden.

Frau Holle entgegnet, diesen Wunsch habe sie tatsächlich geäußert. Zunächst müsse jedoch betrachtet werden, wie viele Personen überhaupt auf den Bus angewiesen seien. Laut dem Verwaltungsteam hätten bereits viele Kundinnen und Kunden eine Busfahrkarte aufgrund unterschiedlicher Voraussetzungen. Der Bedarf sei nicht so hoch wie sie zunächst vermutet habe.

Frau E. Meyer stellt fest, dass die Emdener Tafel am Montag einen zweiten Wagen zur Verfügung habe. Sie fragt, wer diesen Wagen zur Verfügung stelle.

Frau Holle gibt an, die Emdener Tafel arbeite eng mit der katholischen Kirchengemeinde zusammen. Die Kirchengemeinden hätten Bullis, die ausgeliehen werden können.

Herr Grendel bedankt sich bei Frau Holle für die hervorragende Zusammenarbeit. Bisher konnten alle Problematiken gemeinsam mit den Zuständigen und Betroffenen geregelt werden. Ebenso bedankt er sich bei den Ehrenamtlichen für die ausgezeichnete Arbeit.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Freiwilligenagentur Emden
Vorlage: 17/0822

Herr Dübbelde berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die Freiwilligenagentur Emden. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Frau Meinen spricht Herrn Dübbelde ein großes Lob aus. Herr Dübbelde suche immer wieder den Kontakt zu den Ehrenamtlichen und den verschiedenen Gruppen. Er habe bereits viel geleistet.

Herr Renken schließt sich dem Lob an. Er bittet um Auskunft, wie hoch das Budget im Haushalt für diesen Bereich sei. Für bestimmte Projekte gebe es Zuschüsse. Personell erfolge eine Ausweitung.

Herr Grendel erläutert, der Ausbau der Stelle von 0,5 auf 1,0 sei durch den Zuschuss des Landes abgedeckt. Ein kleiner Fortbildungsanteil sei ebenfalls enthalten. Die erweiterten Sachkosten seien zu Lasten des allgemeinen Budgets. Aus der Aufgabe heraus können andere Förderungen für bestimmte Maßnahmen in Anspruch genommen werden. Beispielsweise gebe es Fördermittel für die Fortbildungsveranstaltungen für die Integrationslotsen.

Herr Dübbelde ergänzt, die Koordinierungsstelle erhalte vom Land Niedersachsen jährlich 4.000 €. Die Mittel würden dafür verwendet, um die privaten Auslagen der Ehrenamtlichen zu erstatten. Beispielsweise würden Fahrtkosten finanziert. Im Bereich Sportpartnerschaften habe die Koordinierungsstelle Fördermittel vom Landessportbund erhalten.

Herr Mälzer bedankt sich für den Vortrag und die geleistete Arbeit. Die Arbeit sei äußerst wertvoll für Emden. Bei den Ehrenamtlichen gebe es einen Strukturwandel. Viele Personen wollen sich nicht mehr langfristig an einen Verein binden, sondern eher einzelne Projekte fördern. Er fragt, ob die Bereitschaft für das Ehrenamt insgesamt eher zunehme oder abnehme. Er möchte wissen, wie einem Rückgang des Ehrenamts entgegengesteuert werden könnte. Seines Erachtens sollte noch mehr Öffentlichkeitsarbeit für die Freiwilligenagentur erfolgen, damit die Nachfrage nach Ehrenamt steige.

Herr Dübbelde bedankt sich für den Hinweis bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit. Laut einer niedersachsenweiten Umfrage nehme das Ehrenamt insgesamt durchaus zu. Es sei für Vereine tatsächlich schwierig, neue Vorstände zu finden. Für kurzfristige Projekte nehme das Ehrenamt hingegen bei den jüngeren Jahrgängen zu.

Herr Grendel fügt hinzu, gerade Personen unter 25 Jahren hätten eine andere Lebensweise. So werde mittlerweile das Volunteering viel genutzt. So würden beispielsweise Helfer bei großen Konzertveranstaltungen gesucht, die dann eine kostenlose Karte oder einen Zeltplatz erhalten. Dafür müsse dann eine bestimmte Zeit Dienst auf dem Festival geleistet werden. Diese Struktur sei natürlich mit einigen ehrenamtlichen Posten nicht verträglich. Über die kurzfristigen ehrenamtlichen Tätigkeiten könnte das Interesse für das Ehrenamt allerdings gestärkt werden.

Herr Götze begrüßt die Arbeit der Freiwilligenagentur. Er stellt fest, dass in Vereinen keine Vorstandsmitglieder mehr gefunden werden. Hauptsächlich würden in dem Bereich eher die älteren Generationen ehrenamtlich arbeiten. Es werde somit eine Lücke entstehen, die schwer zu füllen sei. Die Menschen müssen animiert werden, weiterhin ehrenamtliche Tätigkeiten zu übernehmen. Dies sei bei der jüngeren Generation schwierig. Die Arbeitswelt habe sich insgesamt verändert. In den nächsten fünf bis zehn Jahren gebe es in den Vereinen große Probleme. Die Vereine seien auf die ehrenamtliche Arbeit angewiesen.

Herr Grendel schildert, es müsse eine Trennung zwischen dem Ehrenamt und der Funktionärstätigkeit erfolgen. Vor vielen Jahren hätten die Vorstände in den Sportvereinen überwiegend die Spielpläne und den Spielbetrieb organisiert. Heutzutage habe fast jeder Verein eigene Vereinsheime und Immobilien. Die Arbeit habe sich gewandelt. Die Menschen müssen zunächst an das Ehrenamt herangeführt werden. Daraus könne sich im Laufe der Zeit beispielsweise die Übernahme einer Vorstandstätigkeit entwickeln.

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Dübbelde ergänzt, die Vereine könnten sich natürlich auf den Strukturwandel einstellen und konkrete kurzfristige Projekte organisieren. Als Beispiel nennt er Fußballturniere. Ebenso könnte die Vorstandsarbeit auf mehrere Personen aufgeteilt werden.

Frau Kandziora meint, dass sich das ganze Leben so verändert habe, sodass kaum Nachwuchs in den Vereinen gefunden werde. Heutzutage hätten viele Schichtarbeit oder lange Anfahrtswege. Ebenso sei die Arbeit viel intensiver, sodass sich viele Personen aus diesem Grund nicht mehr engagieren können. Beim Aufstellen des Maibaums würden viele Personen helfen, die sonst nicht im Bürgerverein tätig seien. Durch kleinere Projekte könnten die Menschen für das Ehrenamt gewonnen werden. Durch das heutige Arbeitsleben sei es jedoch für viele schwierig, sich neben der Arbeit ehrenamtlich zu engagieren.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 11 Kommunaler Teilhabeplan "Emden - eine teilhabeorientierte Kommune";
- Antrag der SPD Fraktion vom 23.08.2018
Vorlage: 17/0823

Herr Götze schildert, das Bundesteilhabegesetz stelle auch die Kommunen vor neue Aufgaben. Die Inklusion sei vor über zehn Jahren beschlossen worden. Den Menschen müsse eine wirkliche Teilhabe im gesamtgesellschaftlichen Leben oder Arbeitsleben möglich sein. Dies stelle die Kommunen vor große Herausforderungen, da diese sich systematisch darauf einstellen müssen. In der Vorlage habe die Verwaltung vorgeschlagen, im nächsten Jahr mit einer Auftaktveranstaltung zu beginnen. Es seien bereits Veranstaltungen zur Thematik Teilhabe durchgeführt worden, in denen man sich umfassend über die Änderungen informieren konnte.

Herr Grendel erläutert, die Verwaltung wolle die verschiedenen Bemühungen in einem gemeinsamen Zielkonzept zusammenführen. Grundsätzlich befürworte er den Antrag. Die Kommunen seien zurzeit immens mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes belastet, denn die Rahmenbedingungen würden erst 2020 endgültig feststehen. Dennoch sei es sinnvoll, den Prozess für einen kommunalen Teilhabeplan zu beginnen. Er habe diesbezüglich Kontakt mit Herrn Züchner aufgenommen. Jeder Beirat habe schon heute eine entsprechende Teilhabeveranstaltung oder Konferenz. Die Inhalte und Ergebnisse sollten zusammengefasst werden. Es werde daher vorgeschlagen, im nächsten Frühjahr eine Auftaktveranstaltung durchzuführen, um die Teilhabekonferenzen zum kommunalen Teilhabeplan im Herbst vorzubereiten. Eventuell könnten die Veranstaltungen zu einer Teilhabewoche zusammengeführt werden. Am Ende sollten Ziele und ein Maßnahmenkonzept definiert werden, die zu dem Teilhabeplan zusammengefasst werden. Dieser sollte bis zum Frühjahr 2020 erarbeitet und abgestimmt werden.

Parallel könne die Integration einer entsprechenden Abfrage in das Vorlagensystem vorbereitet werden. Dies bedarf eines umfänglichen Vorbereitungsprozesses. Bei einem Freitext wären die Ergebnisse schwer auszuwerten. Es sollte daher ein standardisierter Fragenkatalog mit Ankreuzfragen entwickelt werden. Dies wäre erheblich leichter auszuwerten und habe mehr Aussagekraft.

Frau E. Meyer bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Malanowski bedankt sich ebenfalls für Ausführungen. Vor zwei Jahren habe der Beirat für Menschen mit Teilhabeeinschränkungen ein Teilhabeforum in der VHS mit sehr großer Beteiligung durchgeführt. Es hätten mehr als 100 Leute teilgenommen. Es seien viele Themen, Anregungen und Verbesserungsvorschläge gesammelt worden. Diese seien dem Ausschuss vorgestellt worden. Er begrüßt, dass die SPD-Fraktion diesen Antrag gestellt habe. Teilhabe umfasse mehr als die Leistung des Fachdienstes in Bezug auf Sozialhilfe. Daher sei es äußerst wichtig, das Thema Teilhabe auch in andere Ratsbeschlüsse zu integrieren. Als Beispiel nennt er das Baugebiet Conrebbersweg West. Es sollte frühestmöglich planerisch berücksichtigt werden, welche Auswirkungen das Baugebiet für Menschen, die beispielsweise Pflege benötigen, habe. Natürlich werde der Beirat für Menschen mit Teilhabeeinschränkungen angehört, um sich mit Ideen und Vorschlägen zu beteiligen. Allerdings erst zu einem späteren Zeitpunkt. Er würde es begrüßen, wenn dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt werde.

Herr Kruse begrüßt ebenfalls den Antrag der SPD-Fraktion. Der Zeitfaktor sei jedoch fraglich. Er fragt daher, ob der Antrag der SPD ein Jahr zu früh oder doch zu spät gestellt worden sei. Das Thema sei äußerst wichtig.

Herr Grendel erörtert, der Antrag sei zu diesem Zeitpunkt sinnvoll, wenn ein langfristiges Verfahren abgestimmt werde. Die Veranstaltungen in der Teilhabewoche sollten gleichförmig durchgeführt werden. Dies bedarf einer gewissen Vorplanung. Es solle eine Neuausrichtung erarbeitet und neue Ideen entwickelt werden. Für die Entwicklung eines soliden und fortschreibungsfähigen Planes werde eine gewisse Zeit benötigt. Die Ergebnisse würden selbstverständlich im Ausschuss vorgestellt.

Herr Dr. Attar bemerkt, der Begriff Teilhabe umfasse äußerst viel. Es sei fraglich, ob dieser Begriff so homogen sei, dass alles in einer gemeinsamen Konferenz zusammengefasst werden könnte. Es seien verschiedene Vertretungen und Interessen. Dies sollte in der Auftaktveranstaltung diskutiert werden.

Herr Grendel konkretisiert, in der Teilhabewoche könnten Konferenzen in verschiedenen Themenbereichen durchgeführt werden. Diese sollen jedoch eine ähnliche Struktur aufweisen, um am Ende die Ergebnisse miteinander zu verbinden. Dadurch könnten Schnittmengen erkannt und eine Priorisierung vorgenommen werden. Dafür sei ein gewisser zeitlicher Zusammenhang sinnvoll. Er gibt Herrn Dr. Attar Recht, dass teilweise dieselben Personen in verschiedenen Institutionen und Gruppierungen betroffen seien. Dies müsse natürlich berücksichtigt werden.

Frau Meinen teilt mit, die SPD-Fraktion werde dem abweichenden Beschlussentwurf der Verwaltung zustimmen. Die Verwaltung habe sich sehr gut mit der Thematik auseinandergesetzt.

Herr Renken gibt an, dem abweichenden Beschlussentwurf der Verwaltung könne zugestimmt werden. Die Fraktionen hätten noch Gelegenheit über die Thematik zu beraten, da die Vorlage in der Ratssitzung am 27.09.2018 behandelt werde. Der Vorstoß sei in jedem Fall sinnvoll. Dennoch sollte dem Zeitkorridor stattgegeben werden. Teilhabe sei ein Prozess, der nicht innerhalb weniger Woche erledigt sei. Der Rat müsse jedoch innerhalb einer Woche zu diesem komplexen Thema eine Entscheidung treffen. Die Beratungszeit sei äußerst kurz. Als Grundsatzauftrag könne der Beschluss seines Erachtens mitgetragen werden. Der Beirat für Menschen mit Teilhabeeinschränkungen habe sich ebenfalls positiv geäußert und ein großes Interesse, diesen Prozess zu beginnen. Der Begriff Teilhabeplan beziehe sich nicht nur auf Menschen mit Teilhabeeinschränkungen. Die Jugend müsse ebenso in einem angemessenen Maße in dieser Stadt beteiligt werden. In diesem Bereich müsse mehr an Teilhabe gedacht werden. Der Antrag werfe einige Folgefragen auf.

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Frau E. Meyer lässt über den abweichenden Beschlussentwurf der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. In einem langfristigen Prozess wird bis zum Sommer 2020 ein kommunaler Teilhabeplan in folgenden Teilschritten erarbeitet.
 - a. Im Frühjahr 2019 wird durch die Verwaltung eine vorbereitende Auftaktveranstaltung unter Einbeziehung der Betroffenen, der Stakeholder und weiteren Interessierten organisiert und durchgeführt.
 - b. Im Herbst 2019 werden die in der Auftaktveranstaltung genannten Problemfelder in Teilhabekonferenzen und Arbeitsgruppen bearbeitet und dokumentiert.
 - c. Bis zum Frühjahr 2020 wird auf Grundlage der Ergebnisse aus den Teilhabekonferenzen ein kommunaler Teilhabeplan erarbeitet und dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt.
 - d. Im Rahmen der Entwicklung ist ein zukünftiger Evaluationszeitraum verbindlich festzulegen.
2. Parallel sollen nach der Entscheidung über den kommunalen Teilhabeplan für alle zukünftigen Beschlüsse im Rat und in den Ausschüssen die Auswirkung auf die Teilhabe von Menschen bewertet werden. Dies soll auf den Vorlagen schriftlich dokumentiert werden. Ein entsprechendes Verfahren ist parallel zu entwickeln.
3. Für den Prozess wird eine Projektstruktur mit entsprechenden Ressourcenzuweisungen und verbindlichen Meilensteinen eingerichtet.

Ergebnis: einstimmig

TOP 12 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Zuschussantrag Verein Internationales Emden

Herr Grendel teilt mit, die Vorlage bezüglich des Zuschusses an den Verein Internationales Emden werde im nächsten Ausschuss behandelt. Zurzeit würden noch Unterlagen fehlen.

2. Förderantrag Tagesaufenthalt

Herr Grendel informiert, der Tagesaufenthalt habe einen Förderantrag für ein Programm insbesondere für die rumänischen und bulgarischen Mitbürger gestellt. Die Verwaltung habe dies unterstützt und mit begleitet. In der zweiten Förderrunde sei eine Absage erteilt worden, sodass das Projekt nicht aus Fördermitteln finanziert werden könne.

TOP 13 Anfragen

1. Emder Gesundheitstag

Herr Mälzer informiert, der Emdener Gesundheitstag finde am 27.01.2019 in der Nordseehalle statt. Es seien derzeit noch Plätze frei. Interessierte aus dem sozialen oder sportlichen Bereich können sich gerne bei Herrn Barghoorn oder bei Herrn Dr. Penner melden.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.